

# Vereinshader im Leiblachtal auf

Der Landes-Rechnungshof sieht Verbesserungsbedarf bei der Regio Leiblachtal. Zum Teil wurden die Statuten nicht eingehalten, mittelfristig fehlt die Wirtschaftlichkeit.

Von Moritz Moser  
moritz.moser@neue.at

Mit sehr viel Freude werden Rechnungshofberichte bei den geprüften Stellen eher selten aufgenommen. Umso mehr dürfte man sich beim Landes-Rechnungshof in Bregenz über die Reaktion der Regiogemeinden Leiblachtal gefreut haben. Diese bedankten sich „für den ausführlichen und objektiven Prüfbericht sehr herzlich“ und verzichteten jede weitere Stellungnahme.

Weniger herzlich war freilich der Ausgangspunkt der Prüfung: Die Leiblachtalgemeinden hatten 2013 einen Verein namens „Regio Leiblachtal“ gegründet. Damit endete das gemeinsame Interesse aber bald wieder. Über die Zielsetzungen des Vereins gebe es derzeit nämlich „kein gemeinsames Verständnis“, wie der Landes-Rechnungshof in seinem am Freitag präsentierten Prüfbericht festhielt.

**Ein zweiter Verein.** Dennoch gründete man 2014 einen zweiten Verein, mit dem die Entwicklung des Tals zur „Energierregion“ betrieben werden sollte. Ein Geburtsproblem der beiden Vereine stellte die mangelnde Legitimation dar: Von den Bürgermeistern der Gemeinden Eichenberg, Hohenweiler, Hörbranz, Lochau und Möggers holten nur zwei die Genehmigung ihrer Gemeindevertretung ein, sie in den Vereinen zu vertreten. Die Jahresabschlüsse stellten au-

„Ein kostendeckender Betrieb der Regio ist mittelfristig nur durch zusätzliche Förderungen, Beitragszahlungen aller Leiblachtalgemeinden oder eine deutliche Senkung der laufenden Kosten möglich.“

**Landes-Rechnungshof**

ßerdem die Vermögenssituation „nur teilweise ausreichend dar“, so die vorsichtige Formulierung des Landes-Rechnungshofes.

Bis 2019 wurde überhaupt kein Budget erstellt, danach enthielt dieses „teilweise unrealistische Ansätze“ – sprich, es war wenig wahrscheinlich, dass die Haushaltspläne halten würden. Wenig überraschend standen den Fixkosten letztlich auch nicht ausreichende Einnahmen gegenüber. Die Bilanzen beider Vereine waren zwischen 2016 und 2020 in drei Jahren negativ.

**Austritt von Hörbranz.** Nachdem sich das Vereinsleben zunehmend verselbstständigte und der Überprüfung durch die Gemeindevertretungen entzog, beschloss Hörbranz 2018 seine Mitgliedszahlungen 2020 einzustellen und im Folgejahr die Vereine zu verlassen.

Eine Entscheidung, die beim Landes-Rechnungshof auf merklich wenig Verständnis stößt. Dieser betont in seinem Bericht vielmehr, dass eine „handlungsfähige Gemeindekooperation wesentlich“ sei, um regionale Herausforderungen zu bewältigen. Im Faktum, dass trotz aufrechter Mitgliedschaft der Marktgemeinde Hörbranz ab 2018 keine Beiträge mehr bezahlt wurden, ortet man eine Verletzung der vereinsrechtlichen Treupflicht.

Beim schließlich erfolgten Austritt von Hörbranz sieht der Landes-Rechnungshof letztlich auch „Veränderungen der poli-



tischen Machtverhältnisse“ und die Uneinigkeit über die weitere Ausrichtung als Hintergründe.

**Gemeindepolitikerin angestellt.** Die Vereine trugen ihrerseits wenig dazu bei, das Vertrauen der Öffentlichkeit in sie zu stärken. Zunächst wurde eine Gemeindevorteilerin einer Mitgliedsgemeinde auf Honorarbasis beschäftigt und später als „Regio-Managerin“ angestellt, ohne aber formal die Kompetenzen einer Geschäftsführerin zu bekommen.

Darüber hinaus stimmte die Frau auch als Mandatarin in ihrer Gemeindevertretung weiter mit, wenn es um die Vereine ging, bei denen sie beschäftigt war. Dadurch habe sie ihre Befangenheiten nicht wahrgenommen, so die Rechnungshofprüfer.

Die Stundenaufzeichnungen der Mitarbeiter erfolgten über ein Datenblatt: „Nach Angaben des amtierenden Obmanns

kontrolliert er diese nicht.“ Ein Mitarbeitergespräch fand erst nach einem Hinweis des Landes-Rechnungshofes auf die gesetzliche Verpflichtung im September 2021 statt. Die beiden Angestellten erhielten außerdem eine fünfprozentige Leistungsprämie, ohne dass eine Leistungsbeurteilung stattgefunden hätte. Auch entsprachen die Tätigkeiten der Regio-Managerin nicht dem offiziellen Jobprofil. Ihre Stunden wurden erhöht, um Förderungen einzutreiben, die letztlich aber nicht eingingen. Für den Landes-Rechnungshof war die „extreme Steigerung“

## Landes-Rechnungshof

### Kontrolle der Verwaltung

Der Vorarlberger Landes-Rechnungshof ist ein Organ des Landtages. Er überprüft unter anderem die Landes- und Gemeindeverwaltungen auf ihre Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit.

# dem Prüfstand



Der Leiblachtal in Hörbranz. SAMS

„In der Energieregion fehlt seit Jahren eine inhaltliche Leitung und Weiterentwicklung.“

## Landes-Rechnungshof

an Administrationsbedarf daher nicht nachvollziehbar.

Zwar seien einige Projekte positiv erledigt worden, allerdings vermisste der Landes-Rechnungshof „eine thematische Schwerpunktsetzung oder langfristige Planung der Aktivitäten“.

**Statuten missachtet.** Außerdem sei in beiden Vereinen zu wenig Wert auf die Einhaltung der Statuten gelegt worden. Man habe etwa die Vorgaben zur Beschlussfähigkeit nicht eingehalten. Änderungen seien satzungswidrig erfolgt, das Mitspracherecht der Gemeinden sei nicht gewahrt worden. Auch die

Anmietung einer Geschäftsstelle erfolgte statutenwidrig.

Ferner entfaltete das Einstimmigkeitsprinzip im Vorstand eine lähmende Wirkung, nachdem sich die Bürgermeister über den Sinn und Zweck der Vereine nicht mehr einig waren.

**Einsichtige Gemeinden.** Die Empfehlungen der Rechnungshofprüfer zur Verbesserung der Situation in den beiden Leiblachtal-Vereinen beinhalten vor allem eine Anpassung der Statuten, die Einhaltung der gemeinderechtlichen Vorgaben, die Durchführung einer längerfristigen inhaltlichen und finanziellen Planung und die Anpassung des Vertrages der Regio-Managerin an die tatsächlichen Gegebenheiten.

Der Vereinsobmann sieht den Bericht als „gute Arbeitsgrundlage“. Man werde alles daran setzen, die Empfehlungen auch umzusetzen.

## KOMMENTAR

### Am Ende der Kompromisse

Von Moritz Moser



moritz.moser@neue.at

Die österreichischste aller Entscheidungsformen ist der Kompromiss. Das hat unserer auf Konsens ausgerichteten Gesellschaft in der Zweiten Republik gute Dienste erwiesen, stellt sich in einer Krise wie der aktuellen Pandemie aber als nachteilig heraus. Wer alle einbeziehen will, kommt zu keiner, einer verwässerten oder einer verspäteten Entscheidung. Wer Liftbetreiber befragt, wenn Intensivstationen übergehen, hat es mit der Kompromiss-sucht zu weit getrieben. Noch am Donnerstag trommelte die Vorarlberger Wirtschaftskammer gegen den Lockdown, ob für die Öffentlichkeit oder ihre Mitglieder, sei dahingestellt. Diesen Lockdown hätte man sich auch sparen können, wären die richtigen Entscheidungen frühzeitig getroffen worden. Aber im Sommer wäre die 3G-Regel am Arbeitsplatz für die Wirtschaft gewiss ebenso unerträglich gewesen, wie die 2-G-Regel für die Gastronomie. Aus ihrer Sicht muss man diese Haltung verstehen, aber sollte sich die Politik auch danach richten?

Die Clubnight Vorarlberg beispielsweise, war eine von guten Intentionen getragene Idee: Man wollte durch den Gratis Eintritt für Geimpfte in Nachtclubs die Impfquote heben und der Nachtgastronomie unter die Arme greifen, die wie kaum eine Branche unter den Maßnahmen gelitten hat.

Als dann die Zahl der Infizierten rasant stieg, brachte man es nicht übers Herz, die Veranstaltung abzusagen. Dass man aber nicht mehr so ganz an deren Sinnhaftigkeit glaubte, zeigte schon das Ausbleiben der sonst nach jeder Imbissstanderöffnung üblichen

Jubelaussendung aus dem Landhaus. Man hielt die Clubnight ab und schwieg sie medial tot – ein fauler Kompromiss. Die Landespressestelle, die einmal entrüstet erklärt hatte, man beantworte alle Medienanfragen, schwieg sich dann auch darüber aus, ob auf die Clubnight neue Infektionen zurückzuführen waren.

In Sachen Kompromiss-sucht haben sich auch die Medien an der Nase zu nehmen. Landauf, landab wird in Kommentaren tränenreich vor einer Spaltung der Gesellschaft gewarnt, als ob die Opposition zu einer Impfung ein weltanschaulich schützenswertes Identitätsmerkmal wäre. Dem verantwortungsbewussten Entschluss der Geimpften wird die Ignoranz der Ungeimpften als gleichwertig gegenübergestellt. Das erinnert an die Praxis in manchen US-Bundesstaaten, die Schöpfungslehre neben der Evolutionstheorie gleichberechtigt zu unterrichten. Es ist die traurige Konsequenz einer gesellschaftlichen Entwicklung, in der die Akzeptanz von Fakten zunehmend eine Frage der Gefühle wird. Für eine empfundene Wahrheit muss man kein Studium abgeschlossen haben, es reicht ein Kurs in angewandter Eingeschnaptheit. Mit dieser Strategie drängen sich die Schwurbler in die Mitte der Gesellschaft, wo sie auf immer weniger Gegenwehr und immer mehr Verständnis treffen. In Österreich ist man erst dann glücklich, wenn es allen gleich schlecht geht. Nun darf also die geimpfte Mehrheit die Suppe mitauslöffeln, die ihr die politische Kompromiss-sucht gegenüber einer faulen, feigen oder schlichtweg dummen Minderheit eingebrockt hat.